

E 2/1271

*Le Chef du Département du Commerce et des Péages, J. Knüsel,
au Conseil fédéral*

Prop N° 162/9

Bern, 5. April 1859

Gegenstand. Petition für Errichtung eines Consulates in Canton
oder Schanghai.

Mit Eingabe, datirt Genf den 22. December 1858¹, petitioniren eine Anzahl Handelsfirmen von Genf, dem Travers-Thale und von Sainte-Croix, die Meisten der Uhren- und Musikdosen-Fabrikation angehörend, für Errichtung eines schweizerischen Consulates in Canton, China, und schlagen den H. Charles Dimier, von Genf, vom Hause Dimier frères & Cie. zum Consul vor, welches Haus Comptoirs in Canton und Schanghai besize, denen der H. Ch. Dimier vorstehe.

Das Handels- und Zolldepartement hat darüber die Regierungen von Waadt und Genf² sowie die schweizerischen Handelskammern³ angefragt und von denselben folgende Auskunft erhalten:

1. *La pétition était signée par treize fabricants de Genève, neuf de Fleurier et treize de Sainte-Croix. Non reproduite.*



Waadt⁴, ohne sich über die Zweckmässigkeit der angestrebten Massregel selbst auszusprechen, empfiehlt den H. Dimier als eine zum Konsul geeignete Persönlichkeit.

Genf⁵ erachtet die Errichtung eines Konsulates in China für wünschenswerth und zwar um so mehr, als fremde Konsuln in China das Recht haben sollen, sich mit ihren Waaren-Sortimenten oder wenigstens mit den Mustern nach Nanking und Peking zu begeben, wodurch ein Mittel geboten wäre, mit den Produkten der Uhrenmacherei und der Musikdosenfabrikation bis in das Herz des grossen Reiches vorzudringen und somit dieser Fabrikation neue Absatzquellen zu eröffnen.

Auch die Handelskammer von Basel⁶ glaubt, dass die Installirung einsichtsvoller und mit den nöthigen und wünschbaren Eigenschaften und Vollmachten ausgestatteter Konsuln in Schanghai und Canton von Vortheil sein dürfte.

Gegen die angestrebte Massregel sprechen sich die Handelskammern von Zürich, Sankt Gallen und Glarus⁷ aus; sie halten die Sache für verfrüht und glauben, die schweizerischen Angehörigen werden sich unter dem Schutze einer der grossen Seemächte weit besser befinden.

Das Handels- und Zoll-Departement theilt letztere Ansicht vollständig. Der Aufstellung von Konsulaten in China müsste der Abschluss eines Staatsvertrages vorausgehen. Die Schwierigkeiten sind aber bekannt, welche die grossen Seemächte zu überwinden hatten, um die Chinesen zu den kürzlich mit ihnen abgeschlossenen Verträgen zu zwingen und noch immer ist man ungewiss, ob die Vollziehung dieser Verträge nicht auf neue Schwierigkeiten stossen werde. Kurz, die gegenwärtigen Beziehungen mit China sind noch so wenig geordnet und geklärt, dass man nicht daran denken darf, in offizielle Beziehungen zu jenem Lande treten zu wollen. Es ist unter diesen Verhältnissen auch gar nicht abzusehen, wie ein schweizerischer Konsul in China seine dortigen Landsleute und die nicht unwichtigen schweizerischen Interessen wirksam beschützen und vertreten könnte.

Es wird beantragt, den Petenten zu erwiedern: Der Errichtung von schweizerischen Konsulaten in China müsste nothwendig der Abschluss eines Staatsvertrages vorangehen; hierzu halte aber der Bundesrath den Zeitpunkt nicht für geeignet, da die gegenwärtig dort bestehenden Verhältnisse noch zu neu und zu wenig geordnet seien, um schon jetzt deren Tragweite und Gestaltung auf die Zukunft beurtheilen zu können. Der Bundesrath habe daher, so sehr er sonst geneigt sei, dem schweizerischen Handel nach dem Auslande allen nur thunlichen Vorschub zu leisten, für diesmal in das Ansuchen der Petenten nicht eintreten können. Man werde übrigens die angeregte Frage im Auge behalten, um im geeigneten Momente darauf zurückzukommen.⁸

2. *Lettres du 11 février à Vaud, à Genève et à Neuchâtel. Non reproduites.*

3. *Par lettres du 11 février 1859. Non reproduites.*

4. *Lettre du 29 mars 1859. Non reproduite.*

5. *Lettre du 16 février 1859. Non reproduite.*

6. *Lettre du 16 février 1859. Non reproduite.*

7. *Lettres des 25/28 février, 18 février et 25 février/4 mars 1859. Non reproduites.*

8. *Par décision du 25 juillet 1859 (E 1004 1/38, n° 3183), le Conseil fédéral adoptera les conclusions d'un nouveau rapport du Département du Commerce et des Péages du 22 juillet. Non reproduit.*